



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Voraussetzungen der deutschen Politik

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

nische Zählung der Stimmen gesichert und den Parteien der Austrag des Kampfes überlassen. Eine Opposition konnte also in diesem Staat nur dann Macht gewinnen, wenn sie sich als Partei in den Besitz der Macht setzte. Aus dieser gegensätzlichen Bedingtheit der miteinander ringenden Gewalten blickt die Tragik des politischen Geschehens, aus dem der nationale Sozialismus zur Macht aufstieg.

Deutschland trat in die düsterste Periode seiner Geschichte ein, aber es hat sie, aus größerer Entfernung gesehen, überraschend schnell hinter sich gebracht.

Der faustische Spruch „Stirb und Werde“, den die Norne dem deutschen Volk so oft ins Ohr geraunt, wurde auch dieser Periode deutscher Geschichte als Leitspruch gesetzt. Aber noch nie ist das neue Leben so früh entbunden worden wie in diesem Falle, noch nie erhob sich das deutsche Volk so rasch aus dem kaum gegrabenen Grabe. Das neue Deutschland atmete schon, als das alte verröchelte, die Umwandlung vollzog sich, von Puls zu Puls überspringend, in einer geheimnisvollen Verschmelzung der Vorgänge, so daß das neue Deutschland schon im alten lebte, das alte im neuen sich verwandelt wiederfand.

Deutschland hat 14 Jahre auf zwei Fronten gekämpft, nach innen, um sich zu erneuern, nach außen, um sich zu behaupten. Diese doppelte Zielfestsetzung bedingte eine Verwirrung und Überschneidungen, die sich nicht ganz lösen und nicht scharf voneinander abheben lassen. Aber festzuhalten bleibt, daß der Kampf, den Deutschland auf der äußeren Front führte, unter dem Austrag des inneren Kampfes litt, ohne daß dieser abgebrochen werden konnte, denn der Austrag des äußeren Kampfes blieb an die Herstellung der inneren Geschlossenheit geknüpft, und diese mußte erstritten werden.

Es war auf beiden Fronten ein Kampf auf Tod und Leben. Da es aber auch mit der Selbstbehauptung nicht getan war, diese vielmehr nur die Voraussetzung eines Wiederaufstiegs zu einer souverän handelnden Nation und deutscher Macht bildete, bleibt vorweg noch eins zu sagen: Der Kampf auf der äußeren Front mußte einen anderen Charakter annehmen, sobald das ganze Volk sich erneuert und geschlossen nach außen wandte. Aber er wurde dann nicht leichter, sondern schwerer, denn

er konnte nicht mehr in hinhaltender Defensive geführt werden, sondern mußte endlich das Ziel ins Weite stecken. Er wurde nun — als äußere Politik begriffen — vor grundsätzliche Entscheidungen gestellt und zugleich zum Prüfstein der Nation.

Im Zeichen der Erfüllungspolitik

Die äußere Politik des aus Krieg und Umsturz hervorgegangenen Reiches war an den Artikel 231 des Vertrags von Versailles gebunden worden. Als Deutschland, wenn auch gezwungenermaßen, die darin behauptete „Schuld am Kriege“ auf sich nahm und duldete, daß mit der Rolle des Angreifers die Auferlegung unbegrenzter Reparationen begründet wurde, begab es sich in die Hand seiner Gegner und gab damit zugleich die Grundlage der äußeren Politik preis. Die Bewegungsfreiheit ging verloren. Solange dieses Schuldbekenntnis politische Geltung hatte, konnte Deutschland keine andere als Erfüllungspolitik treiben.

Da die Erfüllung nicht nur die finanziellen Leistungen betraf, sondern sich auf die vollständige Auflösung des Heeres und aller diesem nachgeordneten Freikorps, auf die Vernichtung des Rüstzeugs und die Zerstörung der zur Herstellung von Rüstzeug dienenden Maschinen erstreckte, wurde die Erfüllungspolitik aber auch zu einem Mittel der inneren Politik, denn rücksichtslose Durchführung dieser Bestimmungen entwaffnete das Land nicht nur im Interesse der Sieger im Weltkrieg, sondern auch zugunsten der zur Macht gekommenen Parteien.

Die Erfüllungspolitik war also eine Politik mit doppeltem Boden. Aber einmal angenommen, konnte sie erst verlassen werden, wenn ihre Unerfüllbarkeit festgestellt war und Deutschland sich stark genug fühlte, die Rechnung abzuschließen. Sie wurde also, gleichviel ob die „Schuld am Kriege“ später abgelehnt oder die Zahlungen als Tribute geleistet wurden, solange sie galt, zur Achse der deutschen Politik. Die Erfüllungspolitik regelte nicht nur die Beziehungen Deutschlands zu den Staaten, die sich in die zu zahlenden Milliarden teilten, sondern bestimmte auch die Entwicklung des internationalen